

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

(1) Außenpolitische Hauptereignisse des Jahres 1980 aus chinesischer Sicht

Die zehn außenpolitischen "Marksteine" des Jahres 1980 waren nach chinesischer Auffassung:

- das sowjetische Fiasko in Afghanistan und die Niederlage der Sowjetunion bei der UNO-Sondertagung am 14. Januar und am 20. November 1980;

- das Scheitern der vietnamesischen Trockenzeit-Offensive zwischen Dezember 1979 und April 1980 - und dies trotz eines Einsatzes von 200.000 Soldaten;

- die Unabhängigkeit Zimbabwes (18. April), die auch die Lösung der Namibia- (Südwestafrika) und der Rassismus-Frage in Südafrika beeinflussen wird;

- das Ableben von Tito (4. Mai), das ein Verlust für das jugoslawische Volk, für die internationale kommunistische Bewegung, die Blockfreien-Bewegung und für die Sache des Weltfriedens gewesen sei;

- der "Kampf gegen die Tyrannei" in Südkorea (vor allem die Zwischenfälle in Kwangju am 19. Mai);

- die Streiks in Polen und die Gründung der unabhängigen Gewerkschaft "Solidarität", die schnell auf 10 Millionen Mitglieder angeschwollen sei;

- der Boykott der Olympischen Spiele in Moskau (von 147 Mitgliedern des IOC nahmen 66 Mitglieder und über 50 Verbände für Einzeldisziplinen nicht teil);

- der Konflikt Iran-Irak (ausgebrochen am 22. September), aus dem die Sowjetunion langfristige Nutzen ziehen könnte;

- die Entlassung des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin am 23. Oktober. Kossygin habe als Sündenbock für verfehlte Wirtschaftsplanung hernalten müssen;

- Reagans Wahlsieg in den USA (4. November). Die Wahl sei Ausdruck der Unzufriedenheit der Wähler mit der nationalen Wirtschaftskrise und dem Verfall der internationalen Position der USA - vor allem gegenüber der Sowjetunion, gewesen.

Alles in allem habe sich die Weltlage 1980 "weiter zugespitzt" (und zwar in Richtung auf den unvermeidlichen Dritten Weltkrieg). Bei einer globalstrategischen Betrachtung hebt Xinhua (XNA, 20.12.80) vier Komplexe hervor, nämlich "Afghanistan und Kampuchea". Die Geschehnisse in beiden Ländern seien nur Vorboten: Die Sowjetunion "schiele jetzt nach Iran, Pakistan und Thailand und wolle auch den irakisch-iranischen Krieg sowie das Nationalitätenproblem in Belutschistan zu ihren Gunsten ausnutzen. Die Widerstandskräfte in Afghanistan und Kambodscha hinderten die Sowjetunion jedoch einstweilen an einem weiteren Vordringen.

Diese Argumentation geht zwar nicht so weit, zu behaupten, daß Hamburg im kambodschanischen Ratanakiri verteidigt werde, legt in ihrer Überspitzung jedoch solche Schlüsse nahe.

Die Lage in "USA und Westeuropa" sei gekennzeichnet durch eine weitere Gefährdung von seiten der Sowjetunion, deren Rüstungsausgaben 1979 den Rekordstand von 136 Mrd. US\$ erreicht hätten, während auf der anderen Seite, vor allem in Westeuropa, der Pazifismus und der Geist von München um sich griffen und "einseitige Abrüstungsmaßnahmen" gefordert würden.

Die Beziehungen zwischen "USA und China" hätten sich zwar gut entwickelt, würden aber neuerdings durch die merkwürdige Taiwan-Politik maßgebender amerikanischer Kreise wieder in Frage gestellt. Niemals werde Beijing eine Zwei-China-Lösung akzeptieren.

Erwähnt werden schließlich noch die "Golf-Frage" und "andere Probleme", wie die der amerikanischen Geiseln und der Polen-Krise.

Alles in allem: Die chinesische Führung sieht schwarz, wenn sie in die weitere Zukunft schaut.

-we-

WESTEUROPA

(2) Die Außenpolitik der KPCh nimmt Konturen an: Parteibeziehungen nunmehr auch mit der griechischen KP (Inland)

Anläßlich des 15tägigen Besuches einer Delega-

tion der "Griechischen Kommunistischen Partei (Inland)" wurden die Parteibeziehungen, die "Mitte der 60er Jahre abgebrochen" worden waren, am 14. Dezember wiederaufgenommen. Es handelt sich bei der KPGI um eine maoistische Splitterpartei, die im Gegensatz zur moskauorientierten KPG steht. Beide haben ihre Beziehungen "auf dem Prinzip der Gleichheit, Autonomie, des gegenseitigen Respektes, der Nichteinmischung und der Opposition gegen sog. Führungs-KPs" aufgenommen (XNA, 15. und 19.12.80). Beide waren sich darüber einig, daß es keine gebrauchsfertige Formel für den Aufbau des Sozialismus in der Welt und auch keine "Vaterpartei" gibt.

In einem Interview mit dem Chefredakteur des Zentralorgans der KPGI (Avghi) gab der KPCh-Generalsekretär Hu Yaobang ein Interview:

- Die Kulturrevolution von 1966 bis 1976 sei eine "Katastrophe" gewesen. In diesen zehn Jahren habe es nichts Richtiges und Positives, sondern nur Negatives gegeben.

- Gegenwärtig führe China eine Doppelreform durch, nämlich auf dem Gebiet der Politik (Herstellung einer "sozialistischen Demokratie" sowie einer "Rechtsordnung" und "Wiederherstellung des guten Arbeitsstils unserer Partei", die von der Viererbande untergraben worden seien) und eine Reform des Wirtschaftssystems.

- Im Bereich der Außenpolitik habe China jahrelang den Fehler einer "Politik der verschlossenen Tür" begangen. In Nachahmung Jugoslawiens, Rumäniens und Koreas wolle man nun aber künftig eine "Politik der Öffnung nach außen" betreiben (BRu 1980, Nr. 51, S. 11 f.).

Die Politik der "offenen Tür" zeigt sich unter der Führung Hu Yaobangs gerade in den letzten Monaten erfolgreich: Im April hatte KPI-Führer Berlinguer die Volksrepublik besucht. Im November kam der spanische Kommunistenführer Carillo (C.a., April 1980, S. 305-310 und November 1980, 0 2). Außerdem waren der Jugoslawe Djuranovic und der Rumäne Verdet nach Beijing gekommen (C.a., November 1980, 0 3 und 0 5).

Mit Rumänien waren die Parteibeziehungen nie abgebrochen, mit Jugoslawien waren sie im Oktober 1977, mit der KPI im April 1980 und mit der KPS im November 1980 wiederaufgenommen worden. In allen Fällen waren die KPCh und ihre Partner sich darüber einig, daß es keine Vaterpartei und kein Führungszentrum (KPdSU, Komintern, Kominform etc.) geben dürfe und daß Parteibeziehungen auf der Grundlage von "Konsultationen" gepflegt werden müßten. Im Gegensatz zu den sechziger Jahren, als Beijing an eine KP noch strenge Maßstäbe anlegte (man denke etwa an die "Offenen Briefe" von 1963 und 1964, die für die KPdSU bestimmt waren), zeigt sich die KPCh heutzutage äußerst konzessionsbereit: Vom Eurokommunismus über die patriarchalischen Herrschaftssysteme des Balkans bis hin zum "Sozialismus" nordkoreanischer Prägung reicht der

neue Mantel des "proletarischen Internationalismus" à la Beijing.

Gewisse Mindestbedingungen allerdings müßten diese KPs schon einhalten: Sie dürfen sich, wie gesagt, nicht von einer "Vaterpartei" gängeln lassen, sie sollen einander freundlich "konsultieren" und sie haben im Falle Moskauer Todsünden (Afghanistan, Polen, Kambodscha usw.) Farbe zu bekennen. Gefragt ist kein neuer Weltkommunismus, wohl aber universeller Antihegemonismus.

-we-

SOJJETUNION UND OSTEUROPA

(3) Drohender Einmarsch in Polen

Rein quantitativ bestimmte im Berichtszeitraum Polen das chinesische Nachrichtenwesen zum Thema Außenpolitik. Die Gefahr eines sowjetischen Einmarsches wurde in düstersten Farben gemalt. Vor allem wurde die Presse nicht müde, pessimistische ausländische Kommentare nachzudrucken (z.B. XNA, 4., 8., 9., 14.12.80).

Immer wieder auch taucht die Parallele zum Einmarsch in Prag von 1968 auf. Wie diesmal am 8. Dezember 1980 habe TASS auch damals von "konterrevolutionären Zwischenfällen" berichtet, die Anlaß gäben, den "Sozialismus zu verteidigen". Doch Warschau 1980 sei nicht Prag 1968. Im Falle einer Invasion würden die Sowjets von den 35 Millionen Polen mit "35 Millionen Molotow-Cocktails" empfangen. Auch der Rückschlag, den das Ansehen der Sowjetunion in der ganzen Welt erlitte, wäre nicht abzumessen (XNA, 7.12.80). "Die Sowjetunion hat kein Recht, die Rolle eines internationalen Gendarmen zu spielen. Polen ist ein souveräner Staat. Was auch immer in Polen geschieht, ist seine eigene innere Angelegenheit und kann nur vom polnischen Volk selbst geregelt werden. Eine bewaffnete Intervention oder Gewaltandrohung gegen einen souveränen Staat, unter welchem Vorwand oder in welcher Form auch immer, läuft den Normen der internationalen Beziehungen zuwider und wäre ein rein hegemonistischer Akt" (ebenda).

Ist in Polen der Sozialismus gefährdet? Auf diese Frage gehen mehrere RMRB-Kommentare (11., 14. und 18.12.80) ein. Die Arbeiterstreiks, die im Juli 1980 begannen und die schnell in nationale Dimensionen anwuchsen und schließlich zur Gründung der Gewerkschafts-"Solidarität" mit 10 Millionen Mitgliedern führten, hätten ihre Wurzeln in schwerwiegenden wirtschaftlichen und politischen Fehlern (bürokratisches Wirtschaftsmanagement, Engpässe in der Versorgung mit Artikeln des täglichen Bedarfs, Gesetzesverletzungen, Unterschlagungen, Korruption und Privilegiensucht von Kadern u. dgl.). Es geht bei dem Protest der Arbeiter nicht gegen den Sozialismus, sondern vielmehr gegen dessen

Verletzung, nicht gegen die Volksmacht, sondern gegen schlechte Führungsmethoden, nicht gegen die Kommunistische Partei, sondern gegen falsches Verhalten eben dieser Partei. Von einem "gefährlichen Mißbrauch des Streikrechts" könne also nicht die Rede sein - schon gar nicht von "konterrevolutionären" Verhaltensweisen, wie dies in dem bereits erwähnten Prawda-Artikel vom 8. Dezember geschieht (RMRB, 11.12.80).

Anfang Dezember wurde ein Protokoll über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen Polen und China für das Jahr 1981 in Beijing unterzeichnet. Das Protokoll sieht den Austausch von technischem Wissen, vor allem im Bereich der Landwirtschaft, des Bergwerkwesens, des Umweltschutzes, des Bauwesens und der traditionellen chinesischen Medizin vor (PAP in SWB, 10.12.80).

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(4) Zum "Fünf-Punkte-Vorschlag" Breschnews für das Golfgebiet

Vom 8.-11. Dezember besuchte Parteichef Breschnew die Republik Indien. Dies war der erste Besuch des sowjetischen Führers in einem asiatischen Land nach dem Afghanistan-Unternehmen. Hauptziel der Visite war es offensichtlich, wenigstens in Indien um Verständnis für die sowjetische Afghanistan-Politik zu werben und dafür im Gegenzug Hilfs- und Militärgüter zur Verfügung zu stellen. In der Tat bot die Sowjetunion Indien die Lieferung von MiG-25-Aufklärungsflugzeugen an (PTI: Press Trust of India in SWB, 15.12.80). Über die Zahl der Flugzeuge wurden allerdings keine Einzelheiten bekannt.

Die Inder blieben jedoch bei ihrem vorher schon bekannten Standpunkt, daß sie keine Einmischung in innere Angelegenheiten von Ländern - vor allem in der Nachbarschaft Indiens - hinnehmen wollten (RMRB, 13.12.80). Im Zentrum der Erklärungen Breschnews stand ein Fünf-Punkte-Plan mit folgenden Elementen:

- keine fremden Basen im Persischen Golf und auf den dort liegenden Inseln,
- keine Gewaltanwendung,
- Respektierung der Blockfreiheit,
- Anerkennung der Souveränität über die nationalen Rohstoffe,
- keine Bedrohung der Seewege und des Handelsaustausches.

Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, andere westliche Mächte, China, Japan und weitere interessierte Staaten sollten entsprechende Verpflichtungen eingehen.

RMRB (13.12.80) fragt, wie der sowjetische Ein-

marsch in Afghanistan mit der Verpflichtung zu vereinbaren sei, keine ausländischen Militärbasen im Gebiet des Persischen Golfs und auf den anliegenden Inseln zu errichten, wie da von keiner "Gewaltanwendung und keiner gewaltsamen Bedrohung" die Rede sein könne - und nun gar von "Respektierung der Souveränität der Staaten am Persischen Golf über ihre Ressourcen". Dies alles seien leere Worte.

In diesem Zusammenhang zitiert XNA (12.12.80) die ablehnende Haltung des US State Department und entsprechende ablehnende Antworten der arabischen und Golfstaaten (XNA, 13.12.80). Bei Breschnews Vorschlag handle es sich nur um Propaganda und um leere Worte (XNA, 15.12.80).

-we-

(5) Besuch des pakistanischen Außenministers in China: Anlaß zur Genugtuung - und zu Dementis

Vom 23.-26. Dezember stattete der pakistanische Außenminister Agha Shahi der VR China einen Besuch ab, in dessen Verlauf vor allem hinsichtlich der Afghanistan-, der Kambodscha- und der Kaschmir-Frage Einigkeit betont wurde. Pakistan gehört mit zu den entschiedensten Befürwortern eines vollständigen Abzugs der sowjetischen bzw. vietnamesischen Truppen aus Afghanistan/Kambodscha (XNA, 27.12.80). Schon Zia Ul-Haq hatte am 30. Oktober in einem Interview mit der Beijing Rundschau betont, daß Pakistan eine politische Lösung unter drei Bedingungen anstrebt: vollständiger Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, die Rückkehr der 1,2 Millionen afghanischen Flüchtlinge, die sich gegenwärtig in Pakistan befinden, und die Selbstbestimmung des afghanischen Volkes. Der Löwenanteil der Flüchtlinge sei nach dem sowjetischen Einmarsch nach Pakistan geflohen. Daher könne auch nur der Abzug dieser Truppen die Voraussetzung für die Rückkehr der Flüchtlinge schaffen. Einstweilen werde Pakistan die Freiheitskämpfe in Afghanistan "moralisch unterstützen" (es ist bekannt, daß Pakistan überdies beide Augen zudrückt, wenn afghanische Guerillas die Grenze nach Afghanistan überschreiten).

Die Kaschmir-Jammu-Frage müsse auf der Basis des Simla-Abkommens von 1972 geregelt werden. Pakistan und Indien waren damals darin übereingekommen, daß bei der Lösung der Kaschmir-Frage auf Gewaltanwendung verzichtet werden müsse. Außerdem werde Indien die territoriale Integrität Pakistans achten und normale Beziehungen zu diesem Land wiederaufnehmen, mit dem es gerade vorher, nämlich im Dezember 1971, noch einen Krieg (und zwar im Zusammenhang mit dem damaligen Ostpakistan/Bangladesch) geführt hatte. Freilich war damals das Hauptproblem, nämlich die Kaschmir-Frage selbst, ausgeklammert worden. Indien versprach in diesem Zusammenhang, die Waffenstillstandslinie "zu respektieren". Außerdem sollten künftig alle Fragen zweisei-

tig, also nicht mehr unter Einschaltung der UNO, geregelt werden. Letztlich lief das Simla-Abkommen auf eine gewaltlose Bilateralisierung der Kaschmir-Frage hinaus (im einzelnen dazu "Das Abkommen von Simla - auf des Messers Schneide" in C.a., Juli 1972, S.26 ff.).

Ein Hinweis auf das "Simla-Abkommen", wie er von chinesischer Seite diesmal gemacht wurde (XNA, 27.12.80), trägt also wenig zur Lösung der Kaschmir-Frage bei, da damals nur Rahmenbedingungen vereinbart, die Frage selbst aber nicht in Angriff genommen wurde.

In dem erwähnten Interview wies Zia, der Beijing selbst zweimal, nämlich im Dezember 1977 und im Mai 1980, besucht hatte, auf die wertvolle Zusammenarbeit zwischen Pakistan und China hin, die sich sowohl auf wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle wie auch auf militärische Bereiche erstreckte (BRu 1980, Nr.45, S.9 ff.). Als Manifestation der beiderseitigen Freundschaft dürfe die Karakorum-Hochstraße gelten, an der Arbeiter und Ingenieure beider Seiten zwanzig Jahre lang gebaut hatten.

Wichtiger als die Besprechungen des Außenministers waren die Dementis, zu denen sich China im Zusammenhang mit dem Besuch seines Gastes veranlaßt sah:

- Dementi Nr.1: Keine chinesische Militärpräsenz in Pakistan.

Radio All India hatte am 5.Dezember gemeldet, daß China in der Gegend von Gilgit, d.h. einer nordostpakistanischen Stadt, Raketen eingelagert habe, die Sprengköpfe über eine Entfernung von 1.500 km tragen können. Weiterhin sollen vier chinesische Bataillone ins Tal von Gilgit eingerückt sein (SWB, 10.12.80). Diese Meldung wurde sowohl von pakistanischer als auch von chinesischer Regierungsseite als falsch bezeichnet (ebenda und XNA, 25.11.80). Offensichtlich habe der Besuch Leonid Breschnews so manchen indischen Autor zu Phantasien angeregt (vgl. auch XNA, 19.12.80).

- Dementi Nr.2: Keine chinesische Marinebasis in Karatschi!

Am 3.November und am 24.November hatte eine chinesische Luftwaffen- bzw. Marinedelegation Pakistan besucht (vgl. dazu C.a., November 1980, S.1001/13). Außerdem war um diese Zeit auch eine US-Militärdelegation eingetroffen. Diese Konstellation war es offensichtlich, die wiederum indische Zeitungen dazu veranlaßte, von "dreiseitigen Gesprächen" zwischen US-, China- und Pakistan-Militärs zu sprechen. Auch Radio Kabul beteiligte sich an diesen Spekulationen: Pakistan lasse sich in die expansionistischen Pläne der US- und chinesischen Hegemonisten für Südwest- und Südasien einspannen. Gemeinsam plane man auch eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans durch Unterstützung konterrevolutionärer Elemente (SWB, 28.11.80). Darüber hinaus knüpfte die New Delhi News Agency ("Press Asia International")

an die Delegationsbesuche Vermutungen, daß China in der Hafenstadt Karatschi eine Marinebasis innerhalb der nächsten drei Jahre ausbauen wolle, für die die USA die nötigen Ausrüstungen zur Verfügung stelle (XNA, 29.12.80).

- Dementi Nr.3: Indische Zeitungen behaupteten ferner, daß Indien einerseits Bangladesch mit Waffen ausrüste (Radio Neu-Delhi in SWB, 10.12.80) und daß chinesische Waffenlieferungen an Pakistan künftig nur noch in bar erfolgten. -we-

INNENPOLITIK

(6) Tagung der ZK-Disziplin-kontrollkommission über die Bewältigung der Vertrauenskrise

Wie das Organ des ZK der KPCh, die Volkszeitung, erst am 11.Dezember 1980 berichtete, hat vom 14.-29.November 1980 eine Tagung der ZK-Disziplinkontrollkommission stattgefunden, auf der die Anwendung der "Richtlinien für das politische Leben innerhalb der Partei" auf der Tagesordnung stand (XNA, 11.12.80; RMRB, 11.12.80; s.auch C.a., Februar 1980, S.124). Diese Richtlinien waren auf der 5.Plenartagung des XI.ZK der KPCh im Februar 1980 beschlossen worden, um nicht nur gegen politische Abweichler vorzugehen, sondern auch die Privilegiensucht, Vetternwirtschaft und Korruption innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas zu bekämpfen. Diese Richtlinien sowie die Disziplinkontrollkommissionen, die für die Durchsetzung dieser disziplinarischen Vorschriften zuständig sind, werden von der Parteiführung um Deng Xiaoping als entscheidende Instrumente angesehen, um der großen Vertrauenskrise Herr zu werden, der sich die KPCh gegenwärtig unter breiten Teilen der Bevölkerung ausgesetzt sieht (s.a. das Thema von P.Schier in diesem Heft unter 3. sowie ders., "Nach großen Hoffnungen nun die Vertrauenskrise", in: C.a., März 1980, S.218-220). So war denn auch das eigentliche Thema der November-Tagung der ZK-Disziplinkontrollkommission die Vertrauenskrise und die Methoden ihrer Bekämpfung. Sowohl der erste Sekretär der ZK-Disziplinkommission, Chen Yun, und der Generalsekretär des ZK der KPCh, Hu Yaobang, wiesen in ihren Reden auf der Tagung auf das schwer geschädigte Ansehen der Kommunistischen Partei Chinas unter der Bevölkerung hin. Wie ernst dieses Problem ist, geht aus der Bemerkung Chen Yuns hervor, daß die Verbesserung des Arbeitsstils eine Überlebensfrage für die KPCh sei.

Der Vertrauensverlust der KPCh und die Wiederherstellung des Ansehens der Partei waren ebenfalls das Thema einiger Artikel in der chinesischen Presse im Dezember 1980 (s. u.a. RMRB, 31.12.80). Beide Themen standen auch im Mittelpunkt von Tagungen der Disziplinkontrollkommis-